

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(65. - öffentliche - Sitzung am 10. Februar 2021)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Verordnungen und Zuständigkeiten**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/8445](#)

Der Ausschuss schloss die Gesetzesberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstatter (mündlicher Bericht): Abg. Adasch.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesmeldegesetz sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/8413](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des – federführenden – Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Anerkennung weiterer Opfergruppen der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie zur Streichung des Begriffes „Rasse“**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/6116](#)

Auf Bitten des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen setzte der – federführende – Ausschuss diesen Punkt von der Tagesordnung ab.